

22.04.2022_GP

„Hier werden Frauen gekauft und kaputtgemacht“

Prostitution Breymaier spricht sich bei einer Diskussionsrunde der Gmünder Aidshilfe für ein Sexkaufverbot aus.

Schwäbisch Gmünd. Für Bundestagsabgeordnete Leni Breymaier (SPD) ist klar: Ein Sexkaufverbot muss her. Das stellte sie unmissverständlich klar in der Diskussionsrunde im Kompetenzzentrum für sexuelle Gesundheit der Aidshilfe. Mit am Tisch: Vorstände und Mitglieder der Aidshilfe Gmünd, Marietta Hagenev von Solwodi und Sonja Elser vom AWO Kreisverband Göppingen.

In seinem Eingangswort stellte Joschi Moser, Vorsitzender der Gmünder Aidshilfe, fest, dass die Gmünder Aidshilfe Prostitution anders beurteile als die Deutsche Aidshilfe. Letztere sehe Prostitution als eine normale Arbeit an. Für Moser und seine Mitstreiter aber sei klar: „Es ist keine Arbeit“, vor allem distanzieren sich die Gmünder Aidshilfe davon, Prostitution als Ausbildungsberuf zu sehen.

Paradies für Sextouristen

Die Bundestagsabgeordnete Leni Breymaier wies darauf hin, dass vor rund 20 Jahren Prostitution in Deutschland als sittenwidrig galt. Das bedeutete, Prostituierte konnten ihren Lohn nicht einklagen. Deutschland wurde zu einer Drehscheibe des Menschenhandels, zum Paradies für Sextouristen aus aller Welt.



Befürworten ein Sexkaufverbot: Sonja Elser (l.), Leni Breymaier (3.v.l.), Joschi Moser (Mitte) und Dieter Strobel (2.v.r) sowie weitere Teilnehmer der Diskussionsrunde. Foto: Tom

„Das Argument: Prostitution verbieten, dann geht alles ins Dunkelfeld, gilt nicht, denn alles ist bereits im Dunkelfeld“, so Leni Breymaier. In Deutschland werde alles genau statistisch erfasst: Mastschweine, Eigentumswohnungen und so weiter, aber über die Zahl der Sexarbeiterinnen gebe es keine genauen Angaben. 40 000 seien angemeldet, so die Bundestagsabgeordnete weiter, doch die reale Zahl schwanken zwischen 200 000 und 400 000, bei einem Umsatz von 14 Milliarden Euro.

„Für Amnesty National, Deutsche Aidshilfe und Diakonie wie die Gesetzgebung sind Prostituierte freiwillige Sexarbeiterinnen“, so Sonja Elser, also sei alles chic und fein. Die Bundestagsabgeordneten seien nicht ausreichend informiert, so Breymaier, da sei noch viel zu tun. Denn die gesellschaftliche Haltung müsse sich ändern. „Hier werden Frauen gekauft und kaputtgemacht.“ Es gehe nicht um Befriedigung eines sexuellen Bedürfnisses, sondern Ausübung von Macht und Gewalt. Aufklärung erfolge

heute durch Pornokonsum. Jede neue Praktik finde sofort Widerhall in der Anwendung bei Prostituierten.

Eine „Speisekarte“ im Bordell

Für Flüchtlingsfrauen und -mädchen aus der Ukraine habe sich in Freierforen der Social Media die Tonlage von offenen Anfragen von Männern in ein „mitfühlendes“ „better a blow job as no job“ gewandelt. In Bordellen gebe es eine „Speisekarte“ für Frauen, nach Nationalitäten im Preis abgestuft mit Sex zum niedrigeren

Preis als ein Getränk in der Bar nebenan. Bei Zimmerpreisen in Stuttgart von 150 / 170 Euro pro Tag und dem „Kundenpreis“ von 30 Euro lässt sich ausrechnen, wie viel allein für Miete und den „Betreuer“ „gearbeitet“ werden müsse.

In der Corona-Krise erhielten Bordellbetreiber finanzielle staatliche Unterstützung, die Security konnte in Kurzarbeit gehen, die Prostituierten blieben außen vor. An diesem System müsse sich dringend etwas ändern, so Breymaier. Das „Nordische Modell“, bereits in Schweden und Frankreich eingeführt, bestrafe Freier und Bordellbesitzer, entkriminalisiere die Prostituierten und beinhalte eine Finanzierung von Ausstiegsprogrammen für Prostituierte.

Durch ein Sexkaufverbot werde Prostitution zwar nicht plötzlich verschwinden. Aber die staatlichen Gesetze haben eine normative Wirkung. Die Beobachtungen aus Schweden zeigten, dass sich die Gesellschaft verändert hat, Sexkauf gesellschaftliche Ächtung erfuhre. Das müsse begleitet werden von intensiver schulischer und gesellschaftlicher Aufklärung darüber, was eine gleichberechtigte gesunde Sexualität ist. gkg